

Jugendparlament für flexiblen Unterrichtsbeginn

Schulautonome Gestaltung der Unterrichtszeiten von Mehrheit im Plenum gebilligt

Wien (PK) – Schulen sollen ihren Unterricht möglichst autonom gestalten können. Mit dieser Überzeugung beschloss das Jugendparlament am 10. Juni 2016 mehrheitlich, Schulen dürfen ihren Unterrichtsbeginn zwischen 8.00 und 9.30 Uhr eigenständig festlegen, anstatt einem gesetzlich fixierten Zeitpunkt folgen zu müssen. Die Fraktionen Gelb und Weiß argumentierten die Novelle zum Schulzeitgesetz unter anderem damit, dass die Rahmenbedingungen des Unterrichts somit besser dem jeweiligen Schulstandort bzw. den spezifischen Bedürfnissen von SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern angepasst würden. Violett und Türkis sprachen sich zwar gegen die Änderung im Schulzeitgesetz aus, da in ihren Augen eine schulspezifische Regelung von Unterrichtsbeginn und -ende schon in organisatorischer Hinsicht zu Problemen führt. Diese Sichtweise blieb bei der Abstimmung aber in der Minderheit.

Die Regierungsvorlage zur Novelle des Schulzeitgesetzes (SZG) hatte der Ausschuss des Jugendparlaments im Vorfeld deutlich abgeändert – beispielsweise wurde die maximal zulässige Unterrichtsdauer mit 18.00 Uhr begrenzt. Ursprünglich war 20.30 Uhr als spätestes Ende eines Schultages vorgesehen. Generell erklärten aber die TeilnehmerInnen aus Salzburg, die auf Einladung von Nationalratspräsidentin Doris Bures diesmal das Jugendparlament bildeten, die Fraktionen hätten trotz aller Meinungsunterschiede konstruktiv miteinander verhandelt.

Folglich wurden die meisten Entschließungsanträge, auch wenn sie von Violett oder Türkis kamen, vom Plenum angenommen. Die Jugendparlament-Abgeordneten richten der Regierung darin aus, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsstruktur sowie zur Erhöhung des Lernerfolgs sie abseits der beschlossenen Novelle erwarten.

Pro und Kontra flexible Schulzeiten

Bei der Plenarsitzung unter Leitung von Zweitem Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf traten allerdings die Unterschiede in der Bewertung von neuen Zeitvorgaben für den Unterricht deutlich zutage. Die Abgeordneten Philipp Gratz (Weiß) und Julia Schmeisser (Gelb) sehen bei flexiblen Schulzeiten die beste Möglichkeit, den Schultag an standortspezifische Gegebenheiten anzupassen – etwa hinsichtlich der jeweiligen Bus- und Zugverbindungen, wie Gratz ausführte. Auch die Unterrichtseinheiten während des Schultages seien zeitlich flexibler zu gestalten, skizzierte Schmeisser ein Modell mit Doppelstunden gefolgt von längeren Pausen.

Violett-Mandatarin Christina Dum dagegen warnte, die praktische Umsetzung der Schulzeitnovelle sei äußerst schwer und veranschaulichte dies genauso wie ihr Fraktionskollege Fabian Windhofer am Beispiel berufstätiger Eltern, die bereits um 8.00 Uhr zur Arbeit müssten, aber deren Kinder erst später zur Schule zu bringen wären. Windhofer wertet einen einheitlich vorgegebenen Unterrichtsbeginn um 8.30 Uhr als zweckmäßiger. Besonders wenn, wie im Gesetz vorgesehen, das Schulforum den Unterrichtsbeginn jedes Jahr ändern kann, ergäben sich organisatorische Probleme – nicht zuletzt bei der Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel, gab ein weiteres Mitglied des Violetten Klubs, Theresa Steinwendtner, zu bedenken. Ob diese Nachteile durch einen erhöhten Lernerfolg infolge des neuen zeitlichen Unterrichtsrahmens ausgeglichen würden, bezweifelte Türkis, namentlich Magdalena Hager, stark. Zumindest die Volksschulen hätten aus den neuen Rahmenbestimmungen herausgenommen werden sollen, sodass in der Primarstufe der Unterricht weiterhin flächendeckend um 8.00 Uhr beginnt, konstatierte Katharina Reisenbauer (Türkis). Immerhin seien Volksschulkinder eher vom Transport durch die Eltern abhängig und würden außerdem früher schlafen gehen.

Überdies störe ein jährlicher Wechsel des Unterrichtsbeginns den Schlafrhythmus der SchülerInnen, gab Sophie Ritter (Türkis) zu bedenken. Das erzeuge nicht weniger, sondern mehr Stress, ganz zu

schweigen von den Problemen, ein gemeinsames Familienleben zu organisieren, falls die Kinder unterschiedliche Schulen besuchen.

Schulbeginn demokratisch festlegen

Mit Verve traten Jakob Esterbauer und Alexander Eberharder von Weiß sowie Julia-Sophie Kürsten von Gelb für das vom Ausschuss vorgegebene Prozedere zum Beschluss des Unterrichtsbeginns ein. Sei doch die ursprüngliche Bestimmung - die Schulleitung alleine sollte die Entscheidung über die Unterrichtszeiten treffen - einer diktatorischen Maßnahme gleichgekommen, so Esterbauer. Für Violett stieß sich indes Carina Zanner daran, dass hier nicht der Schulgemeinschaftsausschuss zum Zug kommt, wo, anders als im Schulforum, die SchülerInnen gleichberechtigt mit Eltern und Lehrern vertreten seien.

Die nunmehr gesetzlich festgelegte Regelung, dass an Samstagen kein Unterricht stattfindet, hielt Christina Eschbacher (Gelb) als bedeutsam hoch, weil das Wochenende ja der Erholung diene. Kürsten verwies in ihrer Argumentation für die Novelle auf mehrere ExpertInnenmeinungen, wonach flexible Beginnzeiten die Motivation im Unterricht heben. Dennoch habe man 18.00 Uhr als maximal mögliches Unterrichtsende gesetzlich festgelegt, da in den Abendstunden die Konzentration der SchülerInnen abnehme, betonte Gelb-Abgeordnete Mara Duft. Das findet auch Violett, dessen Antrag – vorgestellt von Lisa Cihal – , einen Schultag generell auf nicht mehr als acht Stunden zu begrenzen, blieb trotzdem in der Minderheit. Die übrigen sechs in der Debatte eingebrachten Entschließungsanträge stießen hingegen durchwegs auf mehrheitliche Zustimmung.

Marlene Deutinger forderte namens der Weißen Fraktion die Bundesregierung auf, freiwillige Lernstunden an allen Schulen Österreichs einzuführen, um dadurch den SchülerInnen, falls erforderlich, Hilfestellung in einer ruhigen Lernumgebung zukommen zu lassen. In eine ähnliche Richtung ging der Antrag von Lucas Sutthaimer (Türkis), vor Unterrichtsbeginn eine Förderstunde anzubieten; derartige professionelle Unterstützung mindere den Nachhilfebedarf. Die derzeit zwischen sechster Unterrichtseinheit und Nachmittagsunterricht für Fördermaßnahmen anberaumte Stunde solle einer Freistunde weichen. Grundsätzlich sei der Schultag zu starr reglementiert, kritisierte Fabio Goller (Weiß) und urgierte daher, eine autonome Gestaltung des Tagesablaufs durch den Schulgemeinschaftsausschuss zu ermöglichen.

Wie lange soll eine Schulstunde sein?

Erhöhter Diskussionsbedarf – zumindest für Türkis und Violett – bestand bei zwei Gelb-Anträgen, die einerseits auf Doppelstunden für Hauptfächer abzielen, andererseits eine Kürzung der Unterrichtsstunden auf 45 Minuten vorsehen, weil die Aufmerksamkeit am Ende der aktuell 50-minütigen Unterrichtseinheit abnehme, wie Julia Vieweger (Gelb) erklärte. Tobias Huber, ebenfalls von der Fraktion Gelb, führte näher aus, Hauptfächer-Doppelstunden würden eine ausreichende Vertiefung des Stoffs ermöglichen, die Dreiviertelstunde-Einheiten kämen nur bei Nebenfächern zum Tragen. Türkis gefiel dies aber auch nicht: eine Vernachlässigung der Nebenfächer wäre damit ebenso vorprogrammiert wie ein zu großer Leistungsdruck bei den Hauptfächern, so der Einwand. Vivien Wallner (Gelb) regte in Verbindung mit dem Doppelstunden-Antrag ihrer Fraktion an, die zusätzliche Unterrichtszeit für alternative Formen der Wiederholung wie Gruppenarbeiten zu nutzen. Wenn schon Doppelstunden für Hauptfächer, dann ohne Pause, machte Türkis klar. Antragstellerin Larissa Resch unterstrich, zwei Stunden ohne Unterbrechung böten tatsächlich mehr Zeit zur Auseinandersetzung mit dem Stoff. Im Gegenzug sollten jedoch die Pausen zwischen den Unterrichtseinheiten auf 20 Minuten verlängert werden. (Schluss)